



an und vermetet Alles, was die Zwietschheit in unsere Reihen bringen kann. Verneht aber auch erkennen, daß das große Werk der Befreiung der Arbeit nicht ohne persönliche Opfer, die der Einzelne zu bringen hat, möglich ist. Staudt nicht, daß der Beitrag, den wir zu unseren Organisationen zahlen, nicht ausreicht ist, sondern erkennt, daß es vor allen Dingen gilt, unsere Vereine leistungsfähig zu machen und für genügende Kampfmittel zu sorgen.

Wenn wir hierin unserer Pflicht nachkommen, wird es uns endlich doch gelingen, das Joch, welches auf uns lastet, zu brechen.

Die Generalkommission.

Protokoll

der Verhandlungen des III. ordentlichen Verbandstages der Vereine der Buchbindervereine und verwand. Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter in Deutschland.

Abgehalten zu Altenburg den 28., 29. und 30. März 1891.

(Fortsetzung.)

Zum ersten Antrage, betreffend die Aenderung des Titels des Verbandsstatuts, daß das Wort „Arbeiterinnen“ eingefügt wird, hielt Dietrich es nicht für notwendig, diese Aenderung zu vollziehen, da man unter dem Worte „Arbeiter“ auch die „Arbeiterin“ verstehen kann; übrigens sei diese Aenderung wegen des dann nicht mehr zu verwendenden vorräthigen Materials mit großen Kosten verbunden.

Bongartz (Krefeld) kann in der Aenderung des Titels keine so großen Schwierigkeiten finden, ebenso ist Marwitz (Berlin) nicht der Ansicht, unter dem Worte „Arbeiter“ auch die „Arbeiterin“ verstehen zu müssen. Hünke (Frankfurt) ist ebenfalls für die Aenderung. Der Antrag wird angenommen.

Den Antrag zu § 1 c des Statuts wünscht Mehrmann (Hannover) ohne Weiteres angenommen zu sehen, was auch geschieht. Der Antrag zu § 1 d wird, nachdem Mehrmann denselben begründet und Taute (Stuttgart) gegen denselben sprach, indem er auf die unendlichen Fälle hinwies, die dadurch entstehen könnten und die zu beschreiten wir nicht die Geldmittel haben, abgelehnt.

Zu den zwei Anträgen zu § 2 vom Verbandsvorstand und Stuttgart, führt Dietrich aus, daß es notwendig ist, auch die selbständigen Arbeiterinnen-Vereine in den Verband aufzunehmen. Was den Antrag Hannover anbelangt, so könne man keinen Druck auf die Vereine ausüben. Jöhler (Stuttgart) begründet des Weiteren den Antrag Stuttgart. Betreffs des Antrages Hannover erklärt Mehrmann, den Verein Erlangen dabei im Auge gehabt zu haben. Betreffs des Vereins Erlangen giebt der Verbandsvorstand die Aufklärung und theilt mit, daß derselbe vor wenigen Tagen seinen Beitritt angemeldet habe. Der Antrag Stuttgart wird angenommen.

Ohne Debatte gelangt der von Stuttgart zu § 3 gestellte Antrag zur Annahme.

Der von Hannover zu § 3 Abs. 2 gestellte Antrag wird nach Begründung desselben seitens Mehrmann ohne Weiteres angenommen, ebenso gelangt die von demselben Verein zu § 3 Abs. 4 und zu § 5 gestellten Anträge debattelos zur Annahme.

Beim Antrag zu § 7 vom Verbandsvorstand und Stuttgart nimmt Dietrich das Wort und führt aus, daß es notwendig ist, von Arbeiterinnen insoweit ihres geringen Lohnes auch ein niedrigeres Eintrittsgeld zu erheben. Der Antrag wird angenommen.

Der Vertreter von Bielefeld begründet den von diesem Verein zu § 7 gestellten Antrag. Schlegel (Berlin) ist gegen den Antrag. Man müsse darauf halten, daß die Kollegen sofort wie möglich dem Verbands beitreten. Der Antrag wird abgelehnt, desgleichen der vom Verein Bremen zu demselben Paragraphen gestellte Antrag.

Bei den nun folgenden Anträgen zu § 8, Verbandsvorstand, Stuttgart, Hannover, Magdeburg, Köln und Hamburg, bittet Schlegel (Berlin) zur Geschäftsordnung, den ersten Antrag und die beiden letzten in der Verhandlung zu trennen. Es wird in diesem Sinne verfahren. Der Verbandsvorstand führt aus, daß es wohl Manchem zu viel erscheinen wird, 30 Pf. Beitrag monatlich von den Vereinen für die Arbeiterinnen zu verlangen. Doch die Ausgaben für die Zeitung, Reichsdruck und andere eventuelle Ausgaben machen es notwendig, den Beitrag in dieser Weise zu normieren. Durch den Mehrüberblick der Wochenbeiträge der Männer werden die Vereine weniger können. Auch ist zu erwägen, daß für Vergrößerung des Fonds Sorge getragen werden muß. Er erucht deshalb, aus diesen Gründen den Antrag vom Verbandsvorstand und Stuttgart anzunehmen.

Mehrmann (Hannover) ist gegen den Antrag, insofern, als man nicht 10 Pf. pro Woche Beitrag wird von den Arbeiterinnen erheben können, wenn er auch der Ansicht ist, daß auch von jenen Opfer gebracht werden müssen. Auch Schlegel (Berlin) erscheinen 30 Pf. zu hoch. Es handelt sich wohl hauptsächlich darum, die Arbeiterinnen zu organisieren, ihnen etwas zu bieten. Krüger (Berlin) giebt zu bedenken, daß durch die Aufnahme der Arbeiterinnen den einzelnen Vereinen große Kosten erwachsen, speziell durch die Arbeitslosigkeit.

Es gelangt hierauf ein Telegramm zur Ver-

lesung: „Die in der Papierbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter wünschten dem Verbandstag besten Erfolg seiner Verhandlungen. Hoch die Organisation!“

Dietrich meint, daß wie wir uns zur Opferwilligkeit verpflichten, dies auch seitens der Arbeiterinnen zu geschehen hat.

Fennig (Darmstadt) ist entschieden gegen die angeführte Höhe der Beiträge.

Bongartz (Krefeld) ist der Ansicht, daß, da die Agitationskosten fortwährend wachsen, doch auch die Opfer größer werden müssen.

Högl (München) ist gegen die Höhe der Beiträge.

Weigang (Dresden) bemerkt, daß je weniger wir verlangen, desto größer der Zuspruch ist. Dresden giebt bei 5 Pf. Wochenbeitrag die Zeitung obligatorisch.

Bongartz (Krefeld) stellt den Antrag, die Beiträge auf 20 Pf. festzusetzen.

Frey (Göppingen) wundert sich über die kuriose Art und Weise der Debatte und beantragt 25 Pf. Ein von Siegerist gestellter Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Es sprechen dann noch Jöhler, Schlegel, Marwitz, Wildner zum Theil für, theils gegen den Antrag. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf 25 Pf. monatlichen Beitrag für weibliche Mitglieder angenommen.

Hierauf wird die Sitzung auf eine Stunde vertagt.

Um 8 Uhr werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Das Wort erhält zunächst Dietrich, der ausführt, daß, da wie aus dem Kassienbericht zu ersehen ist, trotz der geringen Mitgliederzahl ein Rückgang der Beiträge zu verzeichnen ist, es unbedingt notwendig ist, den monatlichen Beitrag für männliche Mitglieder für den Verband von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen.

Wildner (Bremen) schließt sich diesen Ausführungen an, desgleichen Herzberg (Magdeburg), Kammann (Hamburg) ist gegen die Erhöhung, ebenso Dertter (Fürtz) und Frey (Göppingen), Hünke (Frankfurt) ist für den Antrag.

Bongartz (Krefeld) kann nicht begreifen, daß ein zielbewußter Kollege nicht für diesen Antrag stimmen kann, und daß der Verein Hamburg sogar eine Ermäßigung der Beiträge verlangt.

Jöhler (Stuttgart) hält die vorgebrachten Gründe gegen den Antrag nicht für stichhaltig.

Högl (München) erklärt, daß der Verein München wegen der vielen Arbeitslosenunterstützung nicht in Stande ist, auf eine Erhöhung einzugehen.

Siegerist stellt Antrag auf Schluß der Rednerliste. Derselbe wird angenommen.

Fennig (Hamburg) ist gegen jede Erhöhung. Ebenso kann nach den Ausführungen von Marwitz der Verein Berlin eine Erhöhung der Beiträge nicht aushalten.

Auch ist Dertter (Fürtz) dagegen, der anführt, daß in seinem Verein nicht alles zielbewußte Kollegen seien. Taute (Stuttgart) bemerkt, daß nur durch große Opfer der Verband stark gehalten sei, wollten wir denselben auf der Höhe erhalten, dann dürfen wir unter allen Umständen die Beiträge nicht erniedrigen.

Herzberg (Magdeburg) hält es namentlich in Betreff der Durchführung der 10 hündigen Arbeitszeit notwendig, daß die Kasse durch Erniedrigung nicht geschwächt wird.

Siegerist (Berlin) erklärt, daß seine persönliche Meinung dahin geht, daß Jeder, dem es ernst mit unserem Verbands ist, für Erhöhung der Beiträge stimmen muß. Zu einem Vergnügen haben die Leute stets Geld. Um unsere Aufgaben erfüllen zu können, ist es notwendig, Geld zu haben.

Dietrich erklärt, so lange die Mitglieder nicht opferwillig sind, werden die Buchdrucker nicht Hand in Hand mit den Buchbindern gehen können. Wir müssen in Betracht ziehen, daß bei fester Bindung der Gemerkschaften an die Generalkommission auch dementsprechend Beiträge abgeführt werden müssen. Wenn wir allen Anforderungen gerecht werden wollten, dann müßten wir fast 50 Pf., 60 Pf. bezahlen. Er bittet schließlich, um den Verband lebensfähiger zu machen, den Antrag anzunehmen.

Kammann erklärt, für den Hamburger Antrag stimmen zu müssen, wenn derselbe abgelehnt wird, ist es möglich, daß eine große Anzahl Mitglieder aus dem Verein austreten werde.

Die Debatte wird hiermit geschlossen, zur persönlichen Berichtigung sprechen noch Schlegel (Berlin) und Dertter (Fürtz) gegen Dietrich.

Die Abstimmung über den Antrag des Verbandsvorstandes zu § 8 ist eine namentliche, dafür stimmen: Wildner (Bremen), Hauwede (Erfurt), Herzberg (Magdeburg), Hallwieg (Altenburg), Bruhn (Bielefeld), Jacob (Offenbach), Neutriden (Dresden), Gschwindner (Freiburg), Schmidt (Mannheim), Tochtermann (Neutlingen), Hünke (Frankfurt), Poppe (Dortmund), Keller (Halle), Bergmann (Eberfeld), Bennewitz (Stettin), Buchwald (Münster-Aischenberg), Wittig (Duisburg-Ruhrort), Haseoff (Odenburg-Flensburg), Prüfer (Braunschweig), Mehrmann, Dnying (Hannover), Siegerist (Berlin), Taute, Schopper, Jöhler (Stuttgart), Bongartz (Krefeld-Hagen). Dagegen stimmen: Weigel (Kiel), Fischer (Viegnitz), Dertter (Fürtz), Schmidt (Rürnberg), Högl (München), Groß (A. A.), Goldstein (Apolda-Weimar), Witt (Hofstadt-Lübeck), Frey (Göppingen), Frosch (Sonneberg-Darmstadt), Jost, Krüger, Schlegel, Marwitz (Berlin), Fennig, Kammann (Hamburg), Berlich (Björheim), Bergner (Düsseldorf). Der Antrag wird daher mit 26 gegen 18 Stimmen angenommen.

Schmidt (Mannheim) stellt den Antrag, daß die erhöhten Beiträge vom 1. Januar 1892 in Kraft treten. Derselbe wird angenommen.

Antrag Eberfeld zu § 8 Abs. 2 wird von Bergmann begründet, nachdem Dietrich dagegen gesprochen, wird derselbe abgelehnt.

Antrag von Hannover zu § 9 Abs. 3 „der Kassirer u. s. w. ist zu streichen“, wird angenommen, nachdem Mehrmann und Dietrich dafür gesprochen.

Die Anträge zu § 10 Abs. 7 vom Verbandsvorstand, sowie von den Vereinen Stuttgart, Mannheim und Hannover, betr. statische Verbesserungen vorzunehmen und zwar abwechselnd im Sommer- und Winterhalbjahr, werden, nachdem Dietrich und Bongartz für die Anträge gesprochen, abgelehnt, dagegen der zu demselben Paragraphen von Berlin gestellte Antrag, nach welchem die statischen Aufnahmen anfänglich abwechselnd im Mai und November vorgenommen werden sollen, nachdem Marwitz den Antrag begründet, angenommen.

Antrag des Verbandsvorstandes: Dem § 10 Abs. 8 soll angefügt werden: „Die Wahl etwa erforderlicher Hilfsbeamten vorzunehmen und deren Remuneration zu bestimmen.“

Dietrich führt an, daß dieser Satz unbedingt nötig sei, damit bei sich anhäufender Arbeit Hilfe hinzugezogen werden könne. Schlegel und Marwitz (Berlin) sind für den Antrag, nur wünscht Marwitz, stoll „Hilfsbeamter“, „Vertretungsbeamter“ zu sagen. Dietrich betont dagegen, daß es sich dabei nicht um Vertretung handeln könne, sondern um Beihilfe. Der Antrag wird angenommen.

Antrag des Verbandsvorstandes zu § 11 wird nach kurzer Begründung durch Dietrich angenommen.

Schlegel (Berlin) beantragt, jetzt das Protokoll soweit es fertig gestellt sei, zu verlesen, und Marwitz (Berlin) stellt Antrag auf Vertagung der Sitzung; beide Anträge werden abgelehnt und in den Verhandlungen fortgesetzt.

Antrag des Verbandsvorstandes zu § 13 Abs. 3 wird angenommen.

Der Düsseldorfener Antrag zu § 14 wird von dem Vertreter zurückgezogen, da nach den Ausführungen Dietrichs dies selbstverständlich sei.

Antrag zu § 15 von Stuttgart, Kiel, Bielefeld, Hannover und Frankfurt. „Statt 2 Jahre ist zu setzen 3 Jahre.“ Schopper (Stuttgart), Hünke (Frankfurt) und Dnying (Hannover) begründen den Antrag und heben hervor, daß dadurch erfens viel Geld gepart, zweitens auch notwendige Angelegenheiten auf einem außerordentlichen Verbandstage erledigt werden können. Gegen diesen Antrag sprechen Taute (Stuttgart), Bongartz (Krefeld), Schlegel (Berlin), indem sie anführen, daß der Verband das beste Agitationsmittel sei und in dieser Beziehung keineswegs gepart werden dürfe. Hiermit wird der Antrag von Dortmund zu § 25, Einführung einer vierteljährlichen Extrasteuer, zugleich zur Vertagung gestellt. Der Vertreter von Dortmund begründet den Antrag, dafür spricht noch Schlegel (Berlin), während Siegerist dagegen ist. Bei der Abstimmung wird der Antrag zu § 15 mit 24 gegen 15 Stimmen abgelehnt; ebenso der Antrag von Dortmund zu § 25.

Anträge von Kiel, Mannheim und Bielefeld zu § 16.

Zur Begründung des Antrages Kiel erhält zunächst Weigel (Kiel) das Wort. Derselbe erklärt, daß sich der Verein nur aus Sparamkeitssüchtigen bewegen sieht, diesen Antrag zu stellen und empfiehlt denselben zur Annahme. Ebenso begründen Schmidt (Mannheim) und Bruhn (Bielefeld) die von den betr. Vereinen gestellten Anträge. Bongartz (Krefeld) ist gegen die Anträge, da sonst kleineren Vereinen niemals die Möglichkeit geboten würde, beim Verbandstag direkt vertreten zu sein. Schlegel (Berlin) ist für den Antrag von Mannheim. Wildner (Bremen) stellt den Antrag, den § 16 so unzuändern, daß die größeren Vereine von 200 zu 200 Mitgliedern einen Delegierten zu wählen haben und Tochtermann (Neutlingen), daß Vereine mit 25 Mitgliedern einen Delegierten wählen, für jedes weitere 100 ein Delegierter mehr.

Jöhler (Stuttgart), Mehrmann und Dnying (Hannover) beantragen zu setzen: von 50-250 ein Delegierter, bis 500 zwei und über 500 sind drei Delegierte zu wählen. Jöhler begründet den Antrag und bittet, denselben aus Sparamkeitssüchtigen anzunehmen. Buchwald (Altenburg) ist für diesen Antrag. Schlegel erklärt, daß er sich in Bezug auf den Antrag Mannheim nicht habe, und insolge dessen seine darüber geäußerten Worte zurücknehme. Hauwede (Erfurt) beantragt, „von 25-150 Mitglieder“ zu setzen. Hünke ist für den Antrag Jöhler und Genossen. Weigel zieht den Antrag Kiel im Interesse der kleineren Vereine zurück. Frey (Göppingen) wünscht zu wissen, ob unter dieser Mitgliederzahl auch die weiblichen Mitglieder mitgerechnet werden sollen, was vom Vorliegenden bejaht wird.

Jost (Berlin) ist in längerer Ausführung gegen den Antrag Jöhler und Genossen; indem er erklärt, daß kleinere Vereine kaum die Kosten aufbringen, welche ein Delegierter kostet, erblickt er weiter in dem Antrage eine Majorisirung der größeren Städte zu Gunsten der kleineren; wenn denn durchaus gepart werden soll, ist es besser, wenn überhaupt keine Verbandstage abgehalten werden, er erucht den Antrag abzulehnen. Dietrich beantragt, statt „20 Mitglieder“ zu setzen „25 Mitglieder“, und hat der Worte „mindestens 30 mehr“ zu setzen „mindestens 50 mehr“.

Schlegel (Berlin) erklärt auf verschiedene Ausführungen vorheriger Redner, daß es ihnen nicht um die Vertretung beim Verbandstage, sondern

um die Abstimmung zu thun sei, und warnt nochmals vor Annahme des Antrages Jöhler und Genossen.

Dietrich begründet seinen Antrag, indem er anführt, daß derselbe jedenfalls den richtigen Weg treffen werde und erucht deshalb, denselben im Interesse der Allgemeinheit anzunehmen.

Wildner befürwortet nochmals den von ihm gestellten Antrag. Dagegen spricht Marwitz und Jost (Berlin). Weiterer nochmals in längerer Ausführung und schlägt vor, daß noch weitigstens „von 100 zu 100 Mitglieder“ zu setzen, das sind dann demokratische Grundzüge. Gleiche Rechte müssen für Alle gelten. Jöhler zieht seinen Antrag zu Gunsten des Dietrich gestellten zurück. Es wird Schluß der Rednerliste beantragt und angenommen. Es sprechen dann noch Frey für den Antrag Dietrich und Jöhler gegen Wildner zur Aufklärung. Persönlich spricht Schlegel gegen eine von Dietrich gebrauchte Aeußerung. Die Rednerliste ist erschöpft, bei der Abstimmung wird der Antrag Dietrich angenommen, alle anderen dagegen abgelehnt.

Hallwieg beantragt, die Sitzung zu vertagen, jedoch ohne Verlesen des Protokolls. Der Antrag wird angenommen und die Sitzung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Sitzung am 30. März.

Wenige Minuten nach 3 Uhr Nachmittags eröffnet der erste Vorsitzende Jost (Berlin) die Sitzung und wird zunächst die Präsenzliste verlesen. Es fehlen die Abgeordneten Bongartz (Krefeld), Hallwieg, Taute und Buchwald. Ersterer ist bereits abgereist, die drei letzteren erscheinen bald nach Beginn der Verhandlungen. Der Vorsitzende verliest dann zunächst zwei Glückwünschschriften von zwei Arbeiterinnen aus Nürnberg, sowie eines vom Verein München und zwei Telegramme mit folgendem Inhalt: Aus Nürnberg: „Wohlauf denn, Kollegen, erwaht, erwaht, frisch auf zu gemeinsamen Werke, bevor Ihr es denket, schon ist's vollbracht, Gemeinm ist unsere Stärke. Hoch die Organisation! Die Kollegen der alten Noris.“ — Aus Berlin: „Die besten Wünsche zum Gelingen der ersten Arbeit, hoch die moderne Arbeiterbewegung. Einige Kollegen.“

Zur Geschäftsordnung erhält Herzberg (Magdeburg) das Wort. Derselbe beantragt, das Protokoll erst am Schluß der Sitzung zu verlesen, um die Verhandlungen damit nicht aufzuhalten, weil noch verschiedene Abgeordnete bald abreisen müssen. Die Versammlung ist mit dem Antrage einverstanden.

In die Verhandlungen eintretend, steht zunächst zur Debatte Antrag Bielefeld zu § 16 Abs. 3, welcher von dem Vertreter Bielefelds begründet, auf Grund der Ausführungen des Verbandsvorstandes aber abgelehnt wird. Ebenso der von Eberfeld gestellte Antrag zu § 18.

Antrag Frankfurt zu § 19 wird als erledigt angesehen.

Der Antrag Mannheim zu demselben Paragraphen wird, nachdem Dietrich für die bisherige Form gesprochen, von dem Vertreter Mannheims zurückgezogen.

Bei dem Antrage zu § 21 Abs. 3 erklärt der Vertreter von Eberfeld, persönlich gegen den Antrag zu sein. Den von Berlin zu demselben Paragraphen Abs. 1 gestellten Antrag begründet Schlegel (Berlin), indem er darin nur eine redaktionelle Aenderung sieht. Nach diesbezüglichen Aeußerungen von Dietrich, Gschwindner und Jöhler, die gegen den Antrag lauten, wird derselbe abgelehnt. Bei dem Antrage zu § 21 Abs. 3, erucht Dietrich, den Paragraphen so zu belassen wie bisher, denn man dürfe kleineren Vereinen nicht das Uebergewicht geben. Der Vertreter von Eberfeld zieht hierauf den Antrag zurück.

Zu § 24 liegen Anträge vom Verbandsvorstand und zu Abs. 2 desselben Paragraphen von Düsseldorf und Hannover vor. Den ersten begründet Dietrich, indem er in demselben nur eine redaktionelle Aenderung sieht. Der Antrag wird angenommen.

Bergner spricht für den Antrag Düsseldorf, derselbe wird angenommen; nachdem Mehrmann zur Geschäftsordnung gesprochen, wird konstatirt, daß sich der Vorsitzende bei der Abstimmung des Antrages geirrt hat, und wird deshalb die Abstimmung rückgängig gemacht. Nach weiteren Ausführungen Dietrichs und Schlegels zu Gunsten des Antrages des Verbandsvorstandes, ziehen Mehrmann und Bergner die Anträge der resp. Vereine zurück, und wird der Antrag des Verbandsvorstandes, zu § 24 als dritten Absatz anzufügen: „Bei außerordentlichen u. s. w.“ angenommen.

Antrag Berlin und Düsseldorf zu § 25. Marwitz erucht, den Antrag anzunehmen, da er denselben für notwendig hält. Bergner spricht für den Düsseldorfener Antrag. Schlegel kommt noch einmal auf § 24, den Verbandsstatutier betrag, zurück. Mehrmann und Schopper sind dafür, daß dem Verbandsstatutier ein Mandat zum Verbandstage übertragen werden kann, dadurch können Kosten gepart werden. Schopper beantragt außerdem noch, in § 24 Abs. 2 das Wort „Kassirer“ zu freiden.

Fennig ist dagegen, daß der Kassirer auf dem Verbandstage anwesend sein muß, während Dnying, Schmidt (Nürnberg) und Kammann für die Anwesenheit sind. Marwitz ist dafür, daß der Paragraph so stehen bleibt, wie er ist. Dietrich bemerkt, daß dem Kassirer und Vorstehenden des Ausschusses sehr gut die Rechte als Delegierter gewährt werden können, demgegenüber führt Fennig an, daß es für den Kassirer nur peinlich sein müßte, wenn er als Delegierter z. B.



